

**MINISTER FÜR FAMILIE,  
GESUNDHEIT UND SOZIALES**  
ANTONIOS ANTONIADIS

**Mündliche Frage Ausschuss IV 14.03.2018**

**10. Frage von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zur Verteilung von  
Jodtabletten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Vergangene Woche startete das Innenministerium die Verteilung von über 4 Millionen Jodtabletten. Alle belgischen Haushalte haben so die Möglichkeit, eine Packung über die Apotheke ihrer Wahl zu erhalten.

Trotz des Alters unserer Kernzentralen hoffen wir natürlich, dass die Einnahme nie notwendig sein wird. Generell sinnvoll ist sie nur für Menschen unter 40 Jahre, und vor allem für Heranwachsende.

Die Einnahme schützt nur gegen Schilddrüsenkrebs, bzw. einer Ablagerung von radioaktiven Elementen in der Schilddrüse.

Wenn auch der beste Schutz vor einem Atom-GAU die Umsetzung der Devise „nur ein stillgelegter Reaktor ist ein guter Reaktor“ ist, so sollte nicht auf diesen zusätzlich Schutz verzichtet werden.

Die Einnahme muss auch zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt erfolgen, nämlich etwa zwei bis drei Stunden bevor die radioaktive Wolke den Aufenthaltsort erreicht.

Nachher ist zu spät.

Mindestens genauso wichtig ist es, an dem Ort zu verbleiben, an dem man sich gerade befindet, sich von der Außenluft und Staubpartikeln von außen möglichst ab zu schirmen und auf eine Evakuierung in Schutzanzügen zu warten.

Käme es zu einem Reaktorunfall übertags, würden sich ganz viele Menschen in Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft befinden, bzw. in Einrichtungen die in Verantwortung der DG stehen: in Schulen natürlich, aber auch in den Verwaltungen und Vereinigungen, in Heimen, Krankenhäusern. Um Chaos ein zu schränken und die Chancen auf einen bestmöglichen Schutz zu gewähren, müssten die Menschen also dort verbleiben und nicht nach Hause oder sonst wohin fahren.

Dies bedeutet auch, dass eine ausreichende Reserve an Jodtabletten dort vorgesehen sein muss.

Mir ist nicht bekannt, inwieweit die Gesundheitsminister der Teilstaaten über die Interministerielle Konferenz der Gesundheitsminister oder direkt mit dem Innenministerium darin eingebunden waren. Sie selber ließen ja verlauten, Sie hätten sich für deren Verteilung eingesetzt. Dennoch fände ich es schade, wenn die Gesundheitsminister der Teilstaaten, aufgrund des Know Hows ihrer Verwaltungen gerade in Sachen Prävention verzichten würden. In der DG käme sicherlich noch die Nähe zu den Einrichtungen hinzu, die eine gute Vorabinformation effizienter machen würde.

**MINISTER FÜR FAMILIE,  
GESUNDHEIT UND SOZIALES**  
ANTONIOS ANTONIADIS

Daher meine Fragen an Sie, Herr Gesundheitsminister:

- *Inwieweit wurden Sie in die Pläne des Innenministeriums mit einbezogen bzw. im vorab informiert?*
- *Da Sie sich laut eigener Aussage für die Verteilung eingesetzt haben, inwieweit wurden Iodtablettenvorräte in den DG-Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser und Heime, aber auch in Schulen angelegt? Wurden in bzw. für diese Einrichtungen durch Sie und/oder das Innenministerium vorbeugende Pläne erarbeitet?*

**MINISTER FÜR FAMILIE,  
GESUNDHEIT UND SOZIALES**  
ANTONIOS ANTONIADIS

**10. Antwort des Ministers Antoniadis auf die Frage von F. Mockel (Ecolo) zur  
Verteilung von Jodtabletten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Es gilt das gesprochene Wort!  
14.03.2018

Eines gleich vorweg: Jodtabletten schützen nicht vor einer atomaren Katastrophe. Sie können lediglich zur Vorbeugung gegen Schilddrüsenkrebs beitragen. Das Überleben und die Gesundheit der Menschen in einem nuklearen Ernstfall sind also keineswegs von den Jodtabletten abhängig.

Wenn allerdings die Möglichkeit besteht, gegebenenfalls das Risiko einer Erkrankung zu mindern, so sollte man von dieser auch Gebrauch machen.

Viel wichtiger ist es meiner Meinung nach jedoch, für hohe Sicherheitsstandards in den Kernkraftwerken zu sorgen, damit es erst gar nicht zu einem solchen Ernstfall kommen kann.

Die Verteilung von Jodtabletten war ursprünglich lediglich in einem Radius von 20 Kilometern um einen der belgischen Kernkraftreaktoren vorgesehen.

Der Hohe Rat für Gesundheit hatte im Jahr 2015 eine Ausdehnung des Sicherheitsradius auf 100 km empfohlen. Diesen Standpunkt des Hohen Rates habe ich geteilt und mehrfach in der Sache bei Innenminister Jambon und Gesundheitsministerin De Block interveniert.

2016 wurde dennoch bekannt, dass man von einer flächendeckenden Verteilung von Jodtabletten aus finanziellen Gründen absieht. Diese Entscheidung nahm ich zum Anlass, um erneut bei den zuständigen Stellen zu intervenieren.

Vor fast genau einem Jahr kündigte der Innenminister an, dass mit der Überarbeitung des föderalen Notfallplans nun doch alle Haushalte und Einrichtungen im Umkreis von 100 km Zugang zu kostenlosen Jodtabletten erhalten sollen.

Dazu habe ich bereits im Parlament, im Rahmen einer Frage von Herrn Servaty vom 8. Februar 2017, Stellung bezogen. Nachlesen können Sie dies in der Presseberichterstattung sowie in den Dokumenten des Parlamentes.

**MINISTER FÜR FAMILIE,  
GESUNDHEIT UND SOZIALES**  
ANTONIOS ANTONIADIS

Der Notfallplan umfasst übrigens nicht ausschließlich die Verteilung von Jodtabletten, sondern sämtliche Vorkehrungen, die in einem nuklearen Ernstfall zu treffen sind. Dabei organisiert das Innenministerium die Maßnahmen, die auf föderaler, provinzieller und kommunaler Ebene getroffen werden. Also auf Ebene der Behörden, die im Bereich der „Sicherheit“ zuständig sind.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft wurde bei der Erarbeitung dieses Notfallplans nicht einbezogen. Das liegt daran, dass wir keine Zuständigkeit in puncto Sicherheitspolitik haben.

Dennoch hätten wir unsere Meinung bei der Erarbeitung dieses Notfallplans gerne eingebracht. Es ist bedauerlich, dass wir nicht einbezogen wurden.

Der eigentliche Plan als solcher wurde erst vor kurzem, am Rande der Arbeitsgruppe zu den Gesundheitsberufen, vorgestellt.

Ein Schreiben mit genaueren Informationen seitens der Föderalregierung wurde mir am Tag der Veröffentlichung im Staatsblatt zugestellt.

Laut diesem obliegt es den Privatpersonen und den Einrichtungen selbst dafür zu sorgen, dass ausreichend Jodtabletten für die jeweilige Zielgruppe zur Verfügung stehen.

Demzufolge liegt es in der Verantwortung des Trägers diese in einer Apotheke anzufragen, anschließend aufzubewahren und im Falle eines nuklearen Vorfalls auszuteilen.

Auf der Internetseite [www.nuklearrisiko.be](http://www.nuklearrisiko.be) können die Einrichtungen sich übrigens ausrechnen lassen, wie viele Tabletten sie vorrätig haben sollten. Ich möchte an dieser Stelle jedoch betonen, dass es sich hierbei lediglich um eine Empfehlung handelt. Keine Einrichtung ist dazu verpflichtet sich Vorräte anzuschaffen.

Auf meine Nachfrage hin bestätigte die Föderalregierung mir, dass es kein System zur Erfassung der Vergabe von Jodtabletten gibt. Aus diesem Grund kann ich Ihnen in der Kürze der Zeit nicht mitteilen, wie viele ostbelgische Einrichtungen sich Jodtabletten abgeholt haben.

Auf der soeben genannten Website findet man sämtliche Informationen in deutscher Sprache rund um das gesamte Thema.

Da es seitens der föderalen Stellen keine gesonderte Information an die Einrichtungen geben wird, werde ich die Initiative ergreifen und selbst eine Reihe von Einrichtungen anschreiben – allen voran die Seniorenwohnheime, die Schulen, die Krankenhäuser und die Kinderbetreuungsstrukturen, da sich dort viele Menschen unter 40 Jahren aufhalten.